



## Pressemitteilung

Ansbach, 27. September 2018

*ÖPNV: Fahrgastzahlen brachen allein 2017 um über 100.000 ein*

### **Ansbacher Busverkehr verlor seit Tarifierhöhung 2012 fast jeden dritten Nutzer**

*„Desaströse Verkehrspolitik“ - OLA fordert Preissenkung*

Aus dem jüngst veröffentlichten Geschäftsbericht der Ansbacher Versorgungs- und Verkehrs-Holding (AVVH) geht hervor, dass die Fahrgastzahlen im städtischen ÖPNV 2017 erneut stark eingebrochen sind, und zwar um 101.000 auf nur noch 1.551.000 (*Bericht siehe Anlage*). Damit verlor der Ansbacher Busverkehr seit der massiven Preiserhöhung im Jahr 2012 fast jeden dritten Nutzer. Zum Vergleich: Im gleich großen Coburg nutzen mit über 4,5 Millionen Fahrgästen dreimal so viel Menschen den Bus wie in der Rezatstadt.

Den abermaligen Negativrekord kommentiert die Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA): „Die desaströse Ansbacher Verkehrspolitik vergrault immer mehr Busnutzer. Diese Politik ist unsozial und unökologisch. Während nahezu alle vergleichbaren Städte steigende ÖPNV-Nutzung ausweisen, verstopft eine Stadtratsmehrheit die Straßen anstatt nachhaltige Mobilität zu fördern.“ Seit 2012 hatten Stadtratsmehrheiten aus CSU und SPD, teils mit Unterstützung der Freien Wähler und 2013 sogar der Grünen dafür gesorgt, dass sich im Ansbacher Busverkehr Preiserhöhungen mit Angebotskürzungen abwechseln.

Die Begründung der AVVH, der Einbruch der Fahrgastzahlen wäre allein auf die Schülerzahl aus dem Landkreis zurückzuführen, sei hanebüchen, so die OLA: „In Ansbach kostet das Busfahren genauso viel wie in Bamberg und in Bayreuth wo Busse bis Mitternacht unterwegs sind. Die Ansbacher stimmen über das grottenschlechte Preis-Leistungs-Verhältnis mit den Füßen ab. Der Bus braucht einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der PKW-Nutzung in der Stadt. Daher stehen wir für eine Preissenkung im Ansbacher ÖPNV.“

Sollte der Hochpreiskurs beibehalten werden, steht 2019 die nächste Preiserhöhung ins Haus. Die Einzelfahrt kostet dann zwei Euro (bis 2012: 1,20 Euro). „Der Verkehrspolitik in Ansbach ist ein attraktiver Nahverkehr weitaus mehr geholfen als Unterschriftensammlungen gegen Radfahrer.“

*gez. Boris-André Meyer, Uwe Schildbach, Kerstin Weinberg-Jeremias*